



Deutsches Komitee der
UN-Ozeandekade (ODK)
2021–2030

TIEFSEESCHUTZ FÜR UNSERE ZUKUNFT

Tiefseeschutz ist Zukunftsvorsorge

Ein Moratorium für den Tiefseebergbau: Die Bundesregierung hat sich auf der Nationalen Meereskonferenz in Berlin im Mai 2025 und der UN-Ozeankonferenz in Nizza im Juni 2025 stark für einen wirksamen Meereschutz auf internationaler Ebene eingesetzt. Es muss nun deutlicher, nachdrücklicher und international sichtbarer zum Ausdruck gebracht werden, dass und vor allem aus welchen Gründen Deutschland sich mit aktuell 39 weiteren Staaten für eine strenge Umsetzung des Vorsorgeansatzes und für ein Moratorium im Tiefseebergbau einsetzt (#DefendTheDeep). Die Umsetzung der Deutsch-Französischen Ozeanagenda im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeits- und Meeresstrategie ist dabei ein zentraler Baustein.

Gesunde Meere brauchen Schutz – auch in der Tiefe

Die Tiefsee ist das größte zusammenhängende Ökosystem unseres Planeten – und zugleich das am wenigsten erforschte. Sie reguliert das Klima durch Meeresströmungen, speichert Kohlenstoff und Wärme, stabilisiert Nährstoffkreisläufe und beherbergt eine beeindruckende und zu großen Teilen noch gar nicht entdeckte Artenvielfalt. Genau dieses empfindliche System steht nun unter Druck: Der Tiefseebergbau birgt das Risiko irreversibler Schäden – nicht nur für die Meere, sondern auch für das Leben an Land. Die industrielle Nutzung der Tiefsee erfordert belastbare wissenschaftliche Grundlagen.

Die Tiefsee: Gemeinsames Erbe der Menschheit

Das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) stellt klar: Die mineralischen Ressourcen der Tiefsee außerhalb nationaler Hoheitsgewässer gelten als gemeinsames Erbe der Menschheit. Über ihren Schutz und eine mögliche Nutzung wacht die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) mit Sitz in Jamaika als zentrale Instanz für die Regulierung des Tiefseebergbaus. Die ISA äußert aufgrund unzureichender Erforschung der Tiefsee und möglicher irreversibler Schäden erhebliche Bedenken gegen den Beginn einer Nutzung bestehender Lizenzen zum jetzigen Zeitpunkt. Diese Bedenken teilen wir vollumfänglich und begrüßen das von Deutschland und Frankreich diesbezüglich vereinbarte Moratorium.

Fakten, die politisches Handeln erfordern:

Irreversible Schäden: Jahrzehnte nach Eingriffen durch Abbaugeräte zeigen die sensiblen, langsam reagierenden Ökosysteme in der Tiefsee keine Regeneration.

Weiträumige Folgen: Lärm, aufgewirbelte Sedimente und Schadstoffe wirken weit über den Abbauort hinaus – überregionale Wechselwirkungen sind kaum abschätzbar.

Wissenslücken: Biodiversität, ökologische Prozesse und Wechselwirkungen in der Tiefsee sind kaum erforscht und verstanden.

Soziale Risiken: Rechte indigener und lokaler Küstengemeinschaften werden verletzt.



UN-Ozeankonferenz 2025 und BBNJ: Neue völkerrechtliche Leitplanken

Mit der dritten UN-Ozeankonferenz in Nizza und der Verabschiedung des „Nice Ocean Action Plan“ wurde 2025 ein globales Zeichen für Meeresschutz und nachhaltige Nutzung gesetzt. Zugleich trat das internationale BBNJ-Abkommen (Biodiversity Beyond National Jurisdiction) in den Fokus: Mit Erreichen der 60 Ratifizierungen im September 2025 schafft BBNJ ab 2026 erstmals einen rechtsverbindlichen Rahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der marinen biologischen Vielfalt in Gebieten jenseits nationaler Hoheitsrechte – also genau dort, wo auch Tiefseebergbau geplant ist.

Tiefseeaktivitäten ohne gesicherte ökologische Folgenabschätzung stehen im Widerspruch zu den Prinzipien des BBNJ-Abkommens. Dieses fordert:

- umfassende **Umweltverträglichkeitsprüfungen**
- transparente, **inklusive Entscheidungsprozesse**
- die **Ausweisung großflächiger Schutzgebiete** in internationalen Gewässern

Im Kontext des BBNJ-Abkommens ist ein Moratorium zwingend notwendig. Denn: Ohne umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen, transparente Entscheidungsverfahren und wissenschaftlich fundierte Schutzmaßnahmen widersprechen Tiefseeaktivitäten den Prinzipien und Zielen des Abkommens. BBNJ betont die Bedeutung großflächiger Meeresschutzgebiete und den Zugang zu mariner Forschung auf Augenhöhe – beides steht im direkten Konflikt zu einer voreiligen Erschließung der Tiefsee durch Industriekonsortien.

Wir fordern daher ein **international verbindliches, mindestens zehnjähriges Moratorium für den Tiefseebergbau**, um internationale Tiefseeforschung und Monitoring-Programme auszubauen und verbindliche wissenschaftliche Standards für Umweltverträglich-

keitsprüfungen und Risikobewertungen festzulegen. Darüber hinaus müssen die globale Forschungsgechtigkeit gestärkt und strukturelle Wissenslücken systematisch geschlossen werden.

Verantwortung für kommende Generationen

Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder sichern wir die letzten intakten Tiefseegebiete oder wir riskieren unumkehrbare Schäden an einem kaum verstandenen Ökosystem. Entscheidungen über die Nutzung der Tiefsee dürfen nicht unter wirtschaftlichem Druck entstehen, sondern auf Basis wissenschaftlicher Evidenz und globaler Verantwortung. Eine Stärkung der Internationalen Meeresbodenbehörde ISA als maßgebliche UN-Institution ist entscheidend bei Regulierung des Tiefseebergbaus und Schutz der Meeresumwelt.

Unser Appell: Politik muss heute wissenschaftsbasiert und nicht risikogetrieben handeln – für eine Zukunft ohne zerstörte Tiefsee.

Tiefseeschutz ist aktiver Zukunftsschutz!

Die Bundesregierung muss ihre Position aus dem Koalitionsvertrag klar stärken:

- > **national** mit einer Meeresstrategie, die Vorsorge und Schutz ins Zentrum stellt, sowie Umsetzung des BBNJ-Abkommens
- > **bilateral** durch die Umsetzung der gemeinsamen Ozeanagenda mit Frankreich
- > **europäisch** im Rahmen des European Ocean Pact
- > **international** mit einer klaren Haltung gegen den derzeitigen Einstieg in den Tiefseebergbau und zur Ausweisung großflächiger Meeresresschutzgebiete

2021 haben die Vereinten Nationen die Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung ausgerufen. Das Deutsche Komitee der UN-Ozeandekade (ODK) setzt sich in Deutschland für die Umsetzung der international gesetzten Aufgaben und Ziele ein. Die Mitglieder des ODK kommen aus Wissenschaft, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verwaltung und Medien.

Aktuelle Mitglieder:

Prof. Dr. Maarten Boersma
Stefan Bülow
Cornelius Eich
Dr. Karin Kammann-Klippstein

Dr. Alexis Katechakis
Dr. Steffen Knodt
Anne-Marie Melster
Kim Nierobisch
Marja Ritterfeld
Susanne Stampf-Sedlitzky

Nuri Max Steinmann
Dr. Toste Tanhua
Prof. Dr. Holger Watter
Dr. Ute Wilhelmsen
Nadja Ziebarth

Kontakt:

Deutsches Komitee der
UN-Ozeandekade (ODK)
politik@ozeandekade.de
www.ozeandekade.de



2021 Vereinte Nationen Dekade
2030 der Meeresforschung
für nachhaltige Entwicklung